

Medienmitteilung

13. Juni 2022

Nationalrat lanciert «Horizon-Motion»

Langfristige Interessen der Schweiz in Gefahr: Bundesrat muss Geduld bewahren

- 92 Stimmen im Nationalrat waren für die Motion der Aussenpolitischen Kommission, 92 dagegen, 6 Enthaltungen – eine Pattsituation, welche die Nationalratspräsidentin Irene Kälin per Stichentscheid beendete: Sie winkte die Motion durch, welche dringliche Massnahmen fordert, damit die Schweiz unter anderem wieder am EU-Forschungsprogramm Horizon teilnehmen kann.
- Damit folgt der Nationalrat der Roadmap der SP, die Schützenhilfe erhalten hat von Teilen der FDP sowie vom Wirtschaftsdachverband economiesuisse.
- **autonomiesuisse** bedauert, dass der Nationalrat die Geduld verloren hat und vermeintlich **kurzfristige «Quick Wins» über die langfristigen Interessen** der Schweiz stellt. Dabei hat der Nationalrat zuvor ein eigenständiges Schweizer Programm für exzellente Forschung und Innovation vom Bundesrat gefordert. Dieses könnte sich an **wissenschaftlichem Pioniergeist und internationalen Spitzenleistungen** orientieren – im Gegensatz zu Horizon, das auf einem tendenziell bürokratischen Wissenschaftsbild aufbaut.
- Der Nationalrat fällt dem Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU in den Rücken. Dies **schwächt die Position der Schweiz**. Wenn der Nationalrat als Köder einen dritten Schweizer Kohäsionsbeitrag an die EU in Aussicht stellt, ignoriert er die bisherigen Erfahrungen. Trotz Freigabe eines zweiten freiwilligen Kohäsionsbeitrags gegen Ende 2021 rückte die EU keinen Millimeter weg von ihrer Politik der Nadelstiche. Sie kommunizierte, dass für sie bezüglich eines Entgegenkommens einzig die institutionellen Fragen massgebend sind.
- Die **Schweizer Wirtschaft präsentiert sich in einer robusteren Verfassung** als jene der EU. **autonomiesuisse** hofft darum, dass der Ständerat als «chambre de réflexion» den Schnellschuss der grossen Kammer korrigiert. Die Schweizer Verhandlungsdelegation soll die Interessen der Schweiz mit Nachdruck vertreten und die Strategie mit Geduld fortsetzen können.

Warum die Schweiz ohne Druck verhandeln kann

Umgehend nach dem Nein zum Rahmenabkommen hat die EU die Schweiz aus ihrem Forschungsprogramm Horizon verbannt. Psychologisch ist dies schmerzhaft. Denn auf dem Papier liegt die Schweiz hinter assoziierten Drittländern wie etwa Armenien, Georgien und Tunesien zurück. Der reale wissenschaftliche Schaden dürfte sich in Grenzen halten. Statt Geld über die EU – die keine Universität in den globalen Top 40 aufweist – zu verteilen, kann dies die Schweiz auch direkt tun und Abkommen mit anderen Spitzenplätzen der Forschung abschliessen. Noch kein Schweizer Nobelpreisträger hat sich im Rahmen eines EU-Forschungsprogramms betätigt.

Nichtsdestotrotz setzt der Nationalrat den Bundesrat unter Druck. Denn er folgt – mit Sukkurs von Teilen der FDP und *economiesuisse* – einem Vorstoss aus der Feder der SP. Dieser fordert den Bundesrat auf, umgehend Verhandlungen mit der EU über die Teilnahme an Horizon aufzunehmen. Als Gegenleistung für eine rasche Beteiligung winkt eine dritte Kohäsionszahlung an Brüssel.

EU braucht mehr Zeit als die Schweiz

autonomiesuisse bedauert es, dass die Allianz zwischen SP, Grünen und GLP sowie Teilen der FDP dem Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU in den Rücken fällt. Dies untergräbt die Verhandlungsposition der Schweiz und wirkt kontraproduktiv. Eine Lösung, bei der die EU wie die Schweiz als Gewinner hervorgehen, ist nur möglich, wenn beide Seiten über die Bücher gehen und ein neues Verhandlungsmandat beschliessen. In der Schweiz hat der Bundesrat erste Wege in die Zukunft angedeutet. Die EU scheint sich dagegen immer noch am gescheiterten Rahmenabkommen festgebissen zu haben. Entsprechend dürfte sie mehr Zeit beanspruchen für eine Neuorientierung, was angesichts des Ukraine-Krieges verständlich ist.

Mit Blick auf die Wirtschaft fällt auf, dass die Schweiz besser durch die Coronakrise gekommen ist als die EU. Wenn Kreise wie *economiesuisse* von einer «Dringlichkeit» des Verhandeln mit der EU sprechen, stützen sie sich eher auf politische Überlegungen als auf realwirtschaftliche Fakten. Die im Vergleich zur Eurozone bisher verhaltene Inflation in der Schweiz ist nur ein Indikator, der die Vorteile der Unabhängigkeit zum Ausdruck bringt. Allerdings könnte die Inflation aus der EU und der Welt in die Schweiz überschwappen, wenn die Schweizerische Nationalbank keine Massnahmen ergreift – und den Franken etwas aufwerten lässt.

Insgesamt hat die Schweizer Wirtschaft bedeutendere Herausforderungen zu bewältigen als neue Verträge mit der EU abzuwickeln. Dazu gehören die weltweite Lieferketten-Problematik,

der ausgeprägte Fachkräftemangel – eine Folge der starken Konjunktur – sowie die möglicherweise bereits im Winter 2022/23, aber spätestens ab 2025 drohende Strommangellage. Hier wäre das «dringliche» und eigenständige Handeln tatsächlich ein Gebot der Stunde, wird allerdings von den Wirtschaftsverbänden nicht mit genügend Nachdruck gefordert.

autonomiesuisse hofft, dass der Ständerat als «chambre de réflexion» den Schnellschuss der grossen Kammer korrigiert und der Bundesrat im Sinn der geplanten Stossrichtung und vor allem im langfristigen Interesse der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung mit der EU verhandeln kann.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

